Landesbeirat zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
Schleswig-Holstein

Protokoll

Landesbeirat zur Teilhabe
von Menschen mit Behinderungen Schleswig-Holstein.

43. Sitzung
3. November 2025
15:30 – 18:05 Uhr

Teilnehmende

Mitglieder

- Thies Teegen
- Tanja Speck
- Marcus Haß
- Rüdiger Mau
- Andreas Kölln
- Nadine Sierks
- Mathias Krasa
- Thomas Bartels
- Christian Sach
- Janine Kolbig
- Esther Zelenka
- Norbert Stolte
- Jürgen Trinkus
- Karin Pfeiffer
- Monika Gall
- Susanne Lottermoser
- Kerstin Scheinert (online)
- Silke Haß (online)
- Maja Hidic (online)
- Kirsten Grundmann (online)
- Silke Engel (online)
- Niels Luithardt (online)
- Marion Malzahn (online)
- Martina Scheel (online)

Beratende Mitglieder

- Klaus Rienecker
- Hans-Hermann Riese

Weitere

- Michaela Pries (Vorsitzende)
- Arne Braun (Geschäftsführer)
- Christian Dirschauer (Mitglied des Landtages)
- Eka von Kalben (Mitglied des Landtages)
- Christian (MdL)
- Eka von Kalben (MdL)
- Mitarbeitende der Landesbeauftragten und weitere Gäste.

1. Begrüßung

Michaela Pries begrüßt die Mitglieder des Landesbeirates und die Gäste der heutigen Sitzung.

Michaela Pries berichtet den Mitgliedern, dass Sie vor der Sitzung ein Treffen mit der Vertretung des Gehörlosenverbandes hatte. Der Gehörlosenverband ist aus dem Landesbeirat mit sofortiger Wirkung ausgetreten. Michaela Pries liest die Rücktrittserklärung vor. Unter Verschiedenes erfolgt eine weitere Aussprache.

2. Einbindung von Peers in das Versorgungssystem

Marcus Haß, Thomas Bartels, Kerstin Scheinert (online) und Ursula Hegger berichten zum Thema „Einbindung von Peers in das Versorgungssystem“. Die Powerpointpräsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Die Vortragenden berichten über den Erarbeitungsprozess auf der Ebene des Landesrahmenvertrages. Mit dem Thema hat sich die Unterarbeitsgruppe (UAG) Partizipation zwei Jahre beschäftigt. Dort waren die Mitglieder des Landesbeirates sehr aktiv und haben den Prozess mitgestaltet. Das Ergebnis der UAG sind Umsetzungsempfehlungen, die den Orientierungsrahmen für die Leistungs.- und Vergütungsvereinbarungen bilden. Dies ermöglicht es den Vertragspartnern Gelder zu verhandeln und damit Peers, in den Leistungsangeboten der Eingliederungshilfe sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen. Marcus Haß berichtet von einer Umfrage, die die LAG Bewohnerbeiräte bei den Mitgliedern durchgeführt hat. Die Mitglieder sehen eine Vielzahl an möglichen Tätigkeiten für Peers in besonderen Wohnformen, wie z. B. Assistenz bei Arztbesuchen, Einkauf oder beim Umgang mit dem Smartphone.

Die Mitglieder berichten, dass das Thema Peers in der Eingliederungshilfe auch in weiteren landesweiten Gremien besprochen wird.

Thomas Bartels berichtet von seinen Erfahrungen als Peer beim Kieler Fenster und dass diese Tätigkeit ihn sehr empowert hat.

Kerstin Scheinert wirbt dafür, dass die Möglichkeit bekannter werden muss, damit mehr Peers in der Eingliederungshilfe arbeiten.

Andreas Kölln möchte noch wissen, ob Peers Anspruch auf Fortbildungen und Supervision haben. Kerstin Scheinert berichtet, dass Supervision und Fortbildungen

für Peers möglich sind. Peers haben die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Mitarbeitenden.

3. Beschluss zur Änderung der Geschäftsordnung

Arne Braun berichtet zu diesem Tagesordnungspunkt. Die Änderungen zur Geschäftsordnung wurden den Mitgliedern im Vorwege der Sitzung mitgeteilt. Die Mitglieder hatten die Möglichkeit Anregungen zu geben und Fragen zu stellen. Arne Braun geht kurz auf die folgenden Änderungen ein:

§ 3 Mitgliedschaft: Verfahren für Austritt

§ 4 Durchführung der Sitzungen:

1. Sitzungen finden im hybriden Format statt
2. Regelungen zum Rederecht, auch Landtagsabgeordnete

§ 5 Beschlussfassung: Mindestens 3 Organisationen müssen bei der Erarbeitung von Stellungnahmen beteiligt sein.

§ 10 Aufwandsentschädigungen: Sitzungsgelder für Mitglieder in Gremien auf Landesebene

Die Mitglieder beschließen die Änderungen der Geschäftsordnung einstimmig. Es gibt keine Enthaltungen oder Gegenstimmen.

4. Botschaften und Positionierungen für den Austausch mit den Landtagsabgeordneten

Am 8.12. gibt es einen Austausch mit den sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern. Für den Austausch sind drei Schwerpunkte vorgesehen.

Dieses Jahr bestimmt die Landesbeauftragte einen Schwerpunkt. Die Landesbeauftragte und die Staatskanzlei haben ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das Gutachten überprüft die Übereinstimmung der Landesgesetze mit den Zielen der UN-BRK. Das Gutachten wird von Prof. Welti und Prof. Shafaei erstellt. Prof. Welti und Prof. Shafaei wollen sich mit den Mitgliedern des Landesbeirates am 8.12. austauschen. Sie erhoffen sich daraus wichtige Impulse für das Gutachten. Michaela Pries erwartet viele Handlungsempfehlungen und damit viele Impulse sowohl für ihre Arbeit als auch die der Landespolitik.

Monika Gall hat Nachfragen zur Erarbeitung des Gutachtens. Michaela Pries antwortet, dass der 8.12. ein wichtiger Punkt im Partizipationsprozess bei der Gutachtenerstellung ist. Das Gutachten wird im Sommer 2026 erwartet.

Arne Braun erklärt ein paar Grundsätze zur Abstimmung. Alle Organisationen haben einen Stimmzettel, auch wenn mehrere Mitglieder online oder in Präsenz teilnehmen. Es können zwei Themen ausgewählt werden, also 2 Kreuze gesetzt werden. Die Mitglieder konnten im Vorwege Themen benennen, die am 8.12. mit den Abgeordneten diskutiert werden. Insgesamt wurden 6 Themen benannt. Die Mitglieder stellen kurz ihre Themen vor.

- Positionspapier Landesbehindertengleichstellungsgesetz
- Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe
- Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen
- Landesaktionsplan
- Weiterentwicklung der Werkstatt
- Schule

Zum Thema Gesundheitsversorgung gibt es mehrere Meldungen von Mitgliedern. Karin Pfeiffer beschreibt, dass Sie in der Kommunikation auf verschiedenste Barrieren trifft. Tanja Speck beschäftigt das Thema Assistenz im Krankenhaus. Bei einem Krankenhausaufenthalt wurde die eigene Assistenzkraft abgelehnt. Christian Sach stellt die Frage, ob und wie der Landesbeirat Einfluss nehmen kann, da Grundlage das SGB V und vieles auf Bundesebene entschieden wird.

Jeweils 9 Stimmen und damit die meisten haben Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe und Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen erhalten. Diese beiden Themen werden also neben dem Gutachten am 8.12. mit den Abgeordneten besprochen.

Positionspapier Landesbehindertengleichstellungsgesetz und Landesaktionsplan haben 5 Stimmen erhalten. Das Thema Schule und Weiterentwicklung der Werkstätten haben jeweils 3 Stimmen bekommen.

5. Aktuelles

5.1 Positionspapier zur Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe

Ursula Hegger berichtet aus dem Arbeitskreis Eingliederungshilfe. Dort war die Sozialministerin Frau Aminata Toure zu Gast. Sie hatte die Mitglieder gebeten, schriftlich die Ideen mitzuteilen. Daneben gab es im Parlament die Antwort auf die

große Anfrage der FDP zur Eingliederungshilfe. In diesem Verfahren wird wahrscheinlich der Landesbeirat im Sozialausschuss angehört. Deshalb macht es aus Sicht des Arbeitskreises Sinn ein Positionspapier zu verfassen, um gut vorbereitet zu sein. Dieses Vorgehen wird von den anderen Mitglieder unterstützt.

6. Verschiedenes

Thomas Bartels berichtet von einer gemeinsamen Veranstaltung von der Aktionsgemeinschaft Handlungsplan, LAG Bewohnerbeiräte, Zentrum Selbstbestimmtes Leben, Lebenshilfe und dem Paritätische Wohlfahrtsverband zum Thema psychiatrische Versorgung von Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung.

Christian Sach teilt mit, dass der Austritt des Gehörlosenverbandes bei ihm Fragezeichen hinterlässt. Mehrere Mitglieder bestätigen dies. Mathias Krasa empfindet das Schreiben nicht nur als eine Kritik an der Geschäftsstelle der Landesbeauftragten, sondern auch an den Mitgliedern. Die Mitglieder sprechen sich für eine Einladung von Christina Benker und Harald Barczynski zur Sitzung am 9.2. aus, um die Beweggründe des Austrittes besser verstehen zu können.